

**Bericht der Verwaltung  
für die Sitzung der städtischen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr,  
Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft  
am 24. November 2016**

**Bahnlärm**

**Sachdarstellung**

Der Abgeordnete Heiko Strohmann (CDU) hat um einen Bericht zum Themenkomplex Bahnlärm gebeten: Im Einzelnen zum Lärmschutz an der Stolzenauer Straße, zum Projekt "Plattform Leise Bahnen", zu den vom Bund angekündigten Lärmmessstationen, wie viele davon wo errichtet werden sollen und deren Bewertung durch den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr.

**1. Sachstandsbericht Lärmschutz an der Stolzenauer Straße**

Die DB Netz AG in Bremen will den Lärmschutz in der Stolzenauer Straße im Rahmen einer sich ergebenden Sonderfinanzierungsmöglichkeit als Maßnahme vorschlagen. Am 02.11.2016 wurde ein erneuter Antrag seitens der Bahn für die Bereitstellung von Mitteln gestellt. Der positive Bescheid wird zeitnah erwartet, sodass noch im November die Ausschreibung der Untersuchung und Planung erfolgen könnte.

**2. Bericht Projekt „Plattform Leise Bahnen“**

Das Projekt „Plattform Leise Bahnen“ wurde vom Umweltbundesamt (UBA) gefördert und hatte eine Laufzeit vom Juli 2014 bis zum März 2016.

Es wurde ein 7-Schritte-Papier zu einem leiseren Schienengüterverkehr verabschiedet (<https://www.allianz-pro-schiene.de/wp-content/uploads/2016/03/7-Schritte-auf-dem-Weg-zu-einem-leiseren-Schieneng%C3%BCterverkehr.pdf>). Dabei sind folgende Punkte vereinbart bzw. schon umgesetzt worden:

- Für das freiwillige Lärmsanierungsprogramm des Bundes an bestehenden Schienenwegen wurden mit dem Bundeshaushaltsgesetz 2016 die Auslösewerte in Wohngebieten von 70 dB(A) tags und 60 dB(A) nachts auf 67 dB(A) tags und 57 dB(A) nachts abgesenkt. Damit gelten für den Schienenverkehr die gleichen Auslösewerte wie im Lärmsanierungsprogramm für Fernstraßen.
- Einen Gesetzentwurf zum Verbot lauter Güterwagen ab dem Fahrplanwechsel 2020/2021, wie es der Koalitionsvertrag der Regierungsfractionen im Bund formuliert und noch einmal vom Bundesrat in einer Entschließung am 17.11.2015 gefordert worden ist, hat das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) mit Datum vom 21.10.2016 als Referentenentwurf vorgelegt. Die Länder konnten bis zum 15.11.2016 dazu Stellungnahmen abgeben.
- Der Bund soll bis 2017 ein bundesweit einheitliches Messkonzept zu Schallemissionen erstellen und anschließend die dafür notwendigen Messstationen einrichten sowie die Ergebnisse im Internet veröffentlichen (s. hierzu auch unter 3.).
- Die Lärminderungspotenziale bei der Infrastruktur sollen ausgeschöpft werden (z.B. verstärkter Einsatz innovativer Lärminderungstechnologien, Fortentwicklung der Förderbedingungen für die Lärmsanierung, Intensivierung der akustischen Schienenpflege).

- Die Lärminderung an den Fahrzeugen soll vorangetrieben werden (z.B. Umrüstung des Bestandes an Güterwagen bzw. Neubeschaffung bis zum Fahrplanwechsel 2020/2021, degressiv gestaffelte Investitionszuschüsse des Bundes für den Kauf neuer besonders lärm- armer Güterwagen, Novellierung der TSI-Noise zur Absenkung der Grenzwerte für neue Lokomotiven und Güterwagen, Förderprogramm zur anteiligen Rückerstattung der Betriebsmehrkosten).

Mit Stand vom 29.09.2016 sind rund 43.000 der im Nationalen Fahrzeugregister gelisteten 167.000 aktiven Güterwagen mit "leisen" Bremsen ausgestattet. Dies geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hervor. Von den 69.000 aktiven Güterwagen der Deutschen Bahn AG sind zum selben Zeitpunkt 29.000 Güterwagen mit "leisen" Bremsen registriert, heißt es weiter.

- Optimierung von Betriebsprozessen
- Ausschöpfung von Forschungs- und Innovationspotenzialen zur Lärminderung

### **3. Lärmmonitoring des Bundes**

Wie oben bereits dargestellt, hat sich der Bund verpflichtet, ein flächendeckendes Lärmmonitoring durchzuführen. Auf der Abschlussveranstaltung des Projekts „Plattform Leise Bahnen“ kündigte der Bund deutschlandweit fünfzehn Lärmmessstationen an vielbefahrenen Schienenstrecken an, die den Lärm von rund 70 % des Güterverkehrs erfassen sollen.

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr hat im Sommer das BMVI angeschrieben mit der Bitte um Berücksichtigung Bremens bei dem angekündigten bundesweiten Lärmmessprogramm. Herr Staatssekretär Odenthal hat mit Schreiben vom 05.08.2016 mitgeteilt, dass „auch die für die Freie Hansestadt Bremen relevanten aufkommensstarken Strecken durch die geplanten Messstellen erfasst“ werden. Die genauen Standorte der Lärmmessstationen würden auf Basis einer Untersuchung der bundesweiten Verkehrsströme unter Berücksichtigung der für akustische Messungen notwendigen Standortvoraussetzungen festgelegt.

Auf Grund der bisherigen Aktivitäten in Sachen Lärmmonitoring seitens des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr wird davon ausgegangen, dass auch das Land Bremen bei der Auswahl der konkreten Standorte im Land Bremen einbezogen wird.

#### **Beschlussvorschlag:**

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung, Energie und Landwirtschaft nimmt den Bericht der Verwaltung „Bahnlärm“ zur Kenntnis.